

## **Das Chaos beenden - Klare Zuständigkeiten bei der Studienplatzvergabe schaffen**

*Beschlossen auf dem Bundeskoordinierungstreffen vom 18.-20. Mai 2012 in Frankfurt*

Es ist ein Chaos ohne Ende. Das Dialogorientierte Serviceverfahren, ein softwaregestütztes Verfahren zur Studienplatzvergabe, sollte endlich Schluss machen mit den zehntausenden unbesetzten Studienplätzen jedes Semester. Dazu hat die Bundesregierung rund 15 Mio. Euro bereitgestellt und die von Bund und Ländern getragene HIS GmbH damit beauftragt, die Software zu erarbeiten und diese an die Hochschulen zu bringen. Der Start war zunächst für 2010 geplant. Dieser verschob sich dann auf 2011. Jetzt schreiben wir 2012, und das System konnte immer noch nicht an den Start gebracht werden Grund dafür ist die fehlende Kompatibilität: Die Schnittstellen zu den verschiedenen und teils veralteten Systemen an den Hochschulen funktionieren nicht. Deshalb soll zum Wintersemester ein Testlauf alleine mit Einfachstudiengängen und an lediglich 40 Hochschulen starten.

Die Studierendenzahlen sind laut Statistischem Bundesamt alleine im Wintersemester 2011 im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 16% gestiegen. Prognosen erwarten weiter steigende BewerberInnenzahlen. Die Kapazitäten an den Hochschulen reichen weiterhin nicht aus, um alle StudienbewerberInnen aufzufangen. Die Folge sind hohe NCs, Zulassungsbeschränkungen und viele junge Menschen, die bei der Studienplatzvergabe leer ausgehen. Vor diesem Hintergrund klingt die Zahl von 18.000 unbesetzten Studienplätzen allein im Jahr 2010 unverantwortlich. Ein Studienplatzvergabesystem, das eine volle Ausnutzung der momentanen Kapazitäten ermöglichen kann, ist mehr als überfällig.

### **Meckern hilft nicht - Lösungen sind gefragt**

Das erneute Scheitern des dialogorientierten Serviceverfahrens ist katastrophal. Doch den Sündenbock jetzt bei der HIS GmbH zu suchen und mit der Privatisierung der Software-Sparte zu drohen, wie es die Bundesregierung momentan macht, ist nicht zielführend. Stattdessen müssen Antworten auf die Frage gefunden werden, wie die Studienplatzvergabe zukünftig unter den aktuellen Rahmenbedingungen eines unterfinanzierten und überlasteten Hochschulsystems und steigender Zahlen an StudienbewerberInnen gestaltet werden kann. Dazu müssen alle zusammen nacharbeiten, sowohl die Hochschulen, als auch die HIS GmbH sowie Bund und Länder.

Um ein immer größer werdendes Chaos in den nächsten Semestern abzufedern müssen zunächst **kurzfristige Lösungen** her. Die Schnittstellen den Hochschulen müssen

vereinheitlicht werden, damit die Anwendung der Software an allen Hochschulen und unabhängig vom jeweiligen hochschuleigenen System möglich wird. Dabei ist vor allem die HIS GmbH bei der technischen Umsetzung gefragt. Die Finanzierung der Softwaresysteme muss durch den Bund gesichert werden. Daneben müssen bestehende Konzepte wie die Studienplatzbörse aufgewertet werden. Diese kann als Plattform dazu dienen, dass Studierende aber auch Hochschulen freie Studienplätze oder Studienplätze, die nicht angetreten werden, anbieten und Studieninteressierte sich gezielt auf diese Plätze bewerben können. Das kann jedoch nur eine Übergangslösung sein, bis das dialogorientierte Verfahren einsatzbereit ist.

Als **mittelfristige Lösung** muss durch ein Bundesgesetz dafür gesorgt werden, dass klare Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten geregelt sind. Nur so kann erreicht werden, dass auch bei vielen beteiligten Akteuren - wie beim dialogorientierten Serviceverfahren der Fall - alle Beteiligten ihre Aufgabe klar kennen und wahrnehmen sowie zielführend gearbeitet wird. Außerdem kann so ein gegenseitiges Zuschieben von Verantwortlichkeiten beim Scheitern des Projekts vermieden werden. Eine solch klare Zuständigkeit kann aus unserer Sicht nur ein Bundesgesetz leisten.

Eine **langfristige Lösung** bei der Studienplatzvergabe kann für uns Juso-Hochschulgruppen nur darin bestehen, dass endlich ausreichend Kapazitäten entsprechend der Nachfrage nach Studienplätzen geschaffen werden. Das schließt eine staatliche Ausfinanzierung mit ein.<sup>1</sup> Unser Ziel ist und bleibt, dass keinem Menschen die Zukunftschancen aufgrund zu weniger Studienplätze verwehrt bleiben dürfen.

### **Klare Regelungen durch ein Bundeshochschulzulassungsgesetz**

Um Mittelfristig das Einschreibechaos und dadurch freibleibende Studienplätze zu beseitigen, braucht es bundesgesetzliche Regelungen. Denn nur bundeseinheitliche und transparente Richtlinien zur Studienplatzvergabe können das Doppeleinschreibechaos mäßigen, denn StudienbewerberInnen hätten für jede Hochschule die gleichen Chancen. Bisher sind es die Hochschulen selber, die über die Kriterien für den Studienzugang entscheiden. Und natürlich hat jede Hochschule dabei ein Interesse, die vermeintlich „beste“ Bewerberin oder den „besten“ Bewerber auszuwählen. Das führt zu komplizierten, intransparenten und äußerst unterschiedlichen Mechanismen und Kriterien, die an vielen Stellen ungerecht und höchst selektiv wirken.

---

<sup>1</sup>Konzepte dafür existieren mit den Beschlüssen: Mehr Studienplätze schaffen - soziale Infrastrukturen 2011 BKT Stuttgart sowie Hohe Vermögen und Einkommen stärker in die Pflicht nehmen - Steuerreform für bessere Bildung und starke Kommunen 2011 BKT Kiel

### **Einheitliche Zulassungskriterien schaffen!**

Ein solches Gesetz muss demzufolge einheitliche Kriterien definieren, wie Zulassungsbeschränkungen für Studiengänge an allen Hochschulen ausgestaltet werden können. Sie müssen in erster Linie nachvollziehbar und transparent sowie einigermaßen vergleichbar sein. Die immer weitere Ausdifferenzierung von Studiengängen, die nur ein versteckter Versuch ist, Zugangshürden zu schaffen, kann nicht der Weg sein. Während der Wunsch der Profilierung und Spezialisierung nachvollziehbar ist, darf er nicht dazu führen, dass Studierenden der Zugang verwehrt wird. Deshalb kommen derzeit für die Studienplatzvergabe Losverfahren und eine Wartezeit infrage. Soziale Kriterien wie beispielsweise Beeinträchtigungen, chronische Krankheiten oder Familie, müssen bei der Studienortswahl berücksichtigt werden und dazu führen, dass Studierende einen wohnortnahen Studienplatz erhalten.

Wir wollen eine Hochschule, deren Studierenden die Heterogenität der Gesellschaft widerspiegelt, und müssen deshalb beim Studienzugang dafür sorgen, dass niemand ausgeschlossen wird. Auswahlgespräche und Tests müssen so ausgestaltet werden, dass sie nicht durch soziale Rahmenbedingungen beeinflusst werden und sozial selektiv wirken. Sie sollen daher nicht vor Ort in Form von persönlichen Gesprächen geführt werden. Stattdessen muss die Bearbeitung von Tests schriftlich, von zu Hause aus möglich gemacht werden oder sie müssen für jede/n BewerberIn regional leicht erreichbar sein. Beispiele dafür sind Medinertests oder Motivations schreiben / Essays in geisteswissenschaftlichen Fächern. Weiterhin muss in einem Bundeshochschulzulassungsgesetz festgeschrieben werden, dass ein beruflicher Abschluss zur Aufnahme eines grundständigen Studiums in allen Studiengängen qualifiziert.

### **Masterplätze garantieren!**

Damit sichergestellt werden kann, dass allen Bachelor-Studierenden auch ein Masterstudienplatz zur Verfügung steht, dürfen die Hochschulen für Masterstudiengänge keine Zugangsbeschränkungen einrichten. Einziges Kriterium bei der Studienplatzvergabe darf sein, dass die BewerberInnen einen ersten akademischen Abschluss oder einen höheren beruflichen Abschluss nachweisen können. Der Zugang zum Master soll für Menschen mit beruflicher Aufstiegsfortbildung (z.B. MeisterInne) offen sein.

Ein Bundeshochschulzulassungsgesetz stellt für uns nur eine Übergangsregelung dar, langfristig müssen Kapazitätsengpässe bei den Studienplätzen überwunden werden. Dazu

müssen Bund und Länder zusammen daran arbeiten, dass ausreichend Studienplätze geschaffen und ausfinanziert werden.

Das Grundgesetz garantiert durch das Grundrecht auf Bildung und der freien Berufswahl eigentlich einen freien Zugang zur Hochschule. Dieser ist bis heute allerdings noch lange nicht erreicht. Unser Ziel ist der freie Zugang. Um das zu erreichen, braucht es im Übergang bundeseinheitliche Regelungen, damit möglichst viele Menschen die Chance haben zu studieren.

